

Vorlage-Nr.: **1235-2022/DaDi**
(Referenz-Vorlage: 1186-2022/DaDi)

Aktenzeichen:

Fachbereich: **Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg**
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Land Hessen muss Investitionen in Kliniken besser finanzieren – Änderungsantrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt Dieburg sich bei der hess. Landesregierung dafür einzusetzen, dass das Land Hessen seine Investitionsförderung in den öffentlichen Krankenhäuser – wie dem Eigenbetrieb Kreiskliniken GmbH – zur wirtschaftliche Sicherung der öffentlichen Krankenhäuser zu 100 % übernimmt.
2. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt Dieburg sich bei der hess. Landesregierung dafür auszusprechen, dass die mangelnden Krankenhausinvestitionen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten durch Ausgliederung von Löhnen und durch Unterbesetzung des Pflegepersonals ausgetragen werden.

Begründung:

Das Land Hessen drückt sich vor der Verantwortung für die vollen Investitionsmittel der Krankenhäuser zu sorgen. Mittel für Bau, Geräte und Digitalisierung werden zum großen Teil aus dem Topf, der für Patienten/innen für deren Versorgung vorgesehen ist, genommen. Es werden in im Landkreis Darmstadt Dieburg Kosten der Beschäftigten eingespart. Sie werden nicht generell nach Verdi Tarifvertrag entlohnt – sondern in einer Dienstleistungs GmbH outgesourct. Sowieso wird die Hauptlast der Klinikfinanzierung seit Jahren in hohem Mase von dem Landkreis Darmstadt Dieburg über die Kreisumlage erbracht und nicht vom Land Hessen. Die 23 Kommunen des Landkreises Darmstadt Dieburg sind größtenteils nicht in der Lage, die Kreisumlage zur Finanzierung der Investitionen der Kreisklinken zu leisten. Es droht ein großes Krankenhaussterben. Verantwortlich ist dann eindeutig die schwarzgrüne Landesregierung. Die schwarzgrüne Koalition in Hessen hat versprochen bis 2023 die Investitionskosten vollumfänglich zu übernehmen. Daher ist diese Änderungsantrag von großer Wichtigkeit.